

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

130 (7.6.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ansgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Kräger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 5144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 130.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag den 7. Juni 1906.

26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Wasserkräfte und Volkswohl.

Uns wird geschrieben:
Die wertvollen Wasserkräfte des Oberrheins im Betrage von 60—100 Millionen Mark sind von der badischen kurzfristigen Regierung der Berliner Finanzaristokratie ausgeliefert worden, — jenen Finanzfreieren, die im Staate selbst wieder einen Staat bilden und für sich deshalb überall Vorrechte beanspruchen; jenen Finanzfreieren, die im deutschen Reiche wie anderswo den Ton angeben und wo es immer angeht, über Sein oder Nichtsein von Staatsgebilden endgültig beschließen; jenen Finanzfreieren, die im deutschen Reiche dazu berufen sind, ewig Schulden zu verbuchen und sich dadurch das ganze Volk tributpflichtig machen; jenen Finanzfreieren, denen diese allgemeine Tributpflichtigkeit zum höchsten Segen gereicht, die sich ebenso zeitig bemühen, ihre Hörigen — Regierungen und Staatsbürger — nicht erkennen zu lassen, wohn wir mit dieser Gönntigkeit und Abhängigkeit treiben. Betrachten wir uns alle Finanzoperationen, alle Großunternehmungen, so kehren wie in einem Kreislauf immer und immer dieselben Namen wieder. So auch bei den „Kraftübertragungsverträgen“.

Wir finden da die bekannten Namen besaßen im Aufsichtsrat: Herr Fürstberg von der Berliner Handels-Gesellschaft (Voritz), Herr Ludwig Roland-Rüde von der deutschen Bank, Stellvertreter, Berlin; Herr Leopold Wittenstein von der Berliner Elektrizitätswerke, Berlin; Herr Ludwig Delbrück von der Firma Delbrück Leo u. Co., Berlin; Herr Paul Frey von der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich; Herr Oberst R. Emil Cuber von der Firma Suber-Raubau, Zürich; Herr C. Mathenau, Geh. Ratur, Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Berlin; Herr Schuster-Guthmann von der Firma von Cuper u. Co., Basel; Herr M. Schindler, Generaldirektor der Aluminium-Industrie-Akt.-Gesellschaft, Neuhausen; Herr Rud. Sulzbach von der Firma Gebrüder Sulzbach, Frankfurt a. M.; Herr Witting, Direktor der Nationalbank für Deutschland, Berlin.

Den Hauptnutzen an dieser ersten Kraftanlage am Rhein haben sich die „Elektrochemische Fabrik Rastatt“ mit 3000 PS., „Chemische Fabrik Rriesheim“ mit 2500 PS., „Aluminium-Industrie-Akt.-Ges.“ mit 4500 PS. zu sichern.

An letzterer sind beiläufig sieben Personen beteiligt, die auch in den Kraftübertragungsverträgen Rheinfeldern mitbeteiligt sind.

Wenn diese obigen Werke also die Kraft zu Ausnahmepreisen von 40—50 Pf. pro PS. und Jahr erhalten bei Tag- und Nachtbetrieb, so können solche eine um so größere Dividende ausschütten, je billiger sie die Kraft haben. Diese Dividende, die bei dem Kraftlieferant dadurch künstlich klein gehalten wird, ist auf der anderen Seite um so höher und gelangt hierdurch auf Umwegen genau an dieselbe Adresse. Es ist sozusagen ein Tauschspielverlauf zwischen von einer Taste in die andere.

Die übrigen Abnehmer aber von Kraft und Licht müssen nun durchweg das doppelte und dreifache bezahlen. Diese Abnehmer sind aber die alt eingetragenen Industriellen des Rheintales usw., die eben aus diesem Grunde sich schwer benachteiligt fühlen.

Dieser Gesellschaft also wurde zu Anfang der vier Jahre vorigen Jahrhunderts von den Regierungen Baden's und des Argons das Recht zugestanden, 15000 PS. des Rheines ohne jedes Entgelt ihrerseits nutzbar zu machen und nach freiem Ermessen zu verwerten.

Wenn es nun noch bei dieser einen Konzession geblieben wäre, könnte man sich allenfalls noch zuwenden geben; die badische Regierung ist aber augenblicklich daran, dieser selben Aktiengesellschaft eine weitere Konzession zu erteilen und zur Ausbeutung zu überlassen, obwohl in der Begründung zum § 89 des Wassergesetzes ein für alle Zeiten klarer Satz geschloffen ist. Es heißt da nämlich:

„Zusätzliche ist zu verhindern, daß nicht durch Privatunternehmungen eine monopolistische Ausnutzung dieser Kräfte mit einem zum Nachteile des Publikums übermäßig hohen Gewinne stattfindet.“

Weiter ist in der Begründung derselben Gesetzesstelle dargetan: „Die Vorschriften des Artikels 82 des Staatsgesetzes über die Veräußerung von beweglichen und unbeweglichen Sachen des Staates, finden zwar für dieses Spezialgebiet, das durch besondere der Eigenart des Gegenstandes angepasste Normen geregelt ist, keine unmittelbare Anwendung, allein sie können doch recht ähnlich, unter Umständen vorbildlich sein, als es sich manchmal empfehlen dürfte, bei Vergebung der Nutzungsrechte öffentlichen Gewässer und seinem Ufer eine Art Versteigerung einzuleiten und denjenigen mit der Benutzung zu belegen, welcher von mehreren gleich berücksichtigten Bewerbern beim Angebot das höchste Entgelt verspricht.“

Nichts von alledem aber ist geschehen!
Die Bedingungen, die die Vertreter der damaligen bad. Regierung, Ministerialrat Schenkels, Minister — und Vordirektor Honsel, beauftragt der den Abnehmern zu stellenden Preisen vereinbart haben, sind so mangelhaft abgefaßt, daß das jetzige Ministerium sich außer Stande sieht, den allgemeinen Klagen über so hohe Elektrizitätspreise abzuhelfen. In den Punkten eher, in welchen sie

das Recht hat, laut Konzessionsurkunde auf die Preise einzuwirken, hat sie bisher völlig versagt. Entweder weiß die Groß. Regierung selbst nicht mehr, welche Rechte ihr in dem Konzessionsvertrage in die Hand gegeben sind, oder sie hat Kenntnis und will keinen Gebrauch davon machen. In beiden Fällen sind ihre gerechte Wortwürfe zu machen. Was übrigens diese Gesellschaft unserer Regierung summiert, geht daraus hervor, daß sie sich von ihr Konzessionen auf Vorrat geben läßt, d. h. sie läßt sich von unserer Regierung eine neue Konzession geben (August Wöhler), ohne vorläufig auch nur einen Schritt zu tun, das untere Gefälle zwischen der jetzigen Anlage und der Brücke — das einzige weitere tausend PS. ergibt — auszubauen. In § 26 des Konzessionsentwurfs steht nämlich:

„Wenn von den beiderseitigen Regierungen einem anderen Unternehmer die Konzession zur Ausnutzung der Wasserkräfte des Rheines, zwischen dem Unterwasser der Motorenanlage im Rheinfeld (das näher bezeichnet ist) und der Rheinfelder Brücke, erteilt wird, so sind die Unternehmer der Wasserwerksanlage in Rheinfeld verpflichtet, den Unternehmer der unteren Anlage und den Betrieb desselben nicht zu stören und zu beeinträchtigen, also die Regulierung des Zuflusses nicht zu hemmen. Andererseits wird bei der Konzessionierung der unteren Anlage darauf Bedacht genommen werden, daß die Anlage im Rheinfeld durch diese untere Anlage und deren Rücklauf nicht beeinträchtigt wird. Wird ein nach Ansicht der beiderseitigen Regierungen, in technischer wie finanzieller Hinsicht, weiteres Konzessionsgeheim eingereicht, so wird davon zunächst den Unternehmern der oberen Anlage Mitteilung gemacht werden. Wenn dieselben innerhalb 6 Monaten, vom Empfang dieser Mitteilung an gerechnet, bei den zuständigen Behörden ein den behördlichen Anforderungen entsprechendes Gesuch um Erteilung der Konzession für die untere Anlage einreichen, so sollen sie bei Erteilung der Konzession vor den anderen Bewerbern berücksichtigt werden.“

Die alte Gesellschaft hat also ein sehr bedeutendes Vorrecht von beiden genannten Regierungen schon beim Wau des ersten Werkes erhalten. Und nun hat die Gesellschaft die Strenge von der badischen Regierung zu begehren, sie solle ihr weitere 15000 PS. im Rhein, 10 Kilometer abwärts der Rheinfelder Brücke, zur Ausbeutung übergeben. Unsere Regierung geht auch auf diese 15000 PS. ein und unterstützt dadurch diese Gesellschaft darin, einen ihr sehr gefährlichen Nebenbuhler ungeschädigt zu machen. Statt also Wettbewerb unter verschiedenen Werken herbeizurufen, wie dies ja ausdrücklich in der Begründung des neuen Wassergesetzes als empfehlenswert bezeichnet wird, um so billige Elektrizität für die Gemeinden und einzelnen Unternehmern zu bezorgen, hilft sie im Gegenteil diesen Wasserbaronen den Wettbewerb auszuschaalen. Die im Wassergesetz niedergelegten Grundfätze werden durch dieses Verhalten des Ministeriums gröblich verletzt. (Schluß folgt.)

Der Landtag

erledigte gestern zunächst das neue Diätengesetz, durch welches endlich auch den in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten eine Entschädigung, und zwar nach dem Vorschlag der Kommission in Höhe von 9 Mk. pro Tag gewährt wird. Die Regierung hatte 6 Mk. vorgeschlagen, sich aber mit der Erhöhung auf 9 Mk. einverstanden erklärt.

Herr Gieseler vom Zentrum blieb es vorbehalten, gegen den Satz von 9 Mk. zu polemisieren, angeblich, damit die Karlsruher Abgeordneten nicht besser gestellt wären, als die auswärts wohnenden. Die Diäten seien nicht dazu da, um Gewinn zu machen, sondern sie sollten nur eine Entschädigung für den Aufwand des Abgeordneten sein. Herr Gieseler hat dabei zweierlei übersehen. Wo bliebe die Arbeitervertretung bei der strikten Durchführung des Aufwandsprinzips? Und wer macht mit den Diäten Gewinn? Doch nur die Beamten, deren Gehalt fortläuft und die vom Staate noch einen Stellvertreter erhalten. Herr Gieseler als Staatsbeamter hat es leicht, sich auf das Aufwandsprinzip zu beziehen, aber wo bleiben die Nichtbeamten? Das „volksfreundliche“ Zentrum hat auch in dieser Frage wieder sein durch und durch reaktionäres Gesicht zur Schau getragen. Die Politik des Zentrums wird von den Zentrumsbeamten und Zentrumsadvokaten gemacht, die nicht auf Diätenbezug angewiesen sind. Der Zentrumsarbeiter Welzer hat sich von der Abstimmung gedrückt. Offenbar hatte er auch in diesem Falle nicht den Mut, gegen den Stachel der Fraktionsherrscher zu lösen. Er hätte sich wieder seinen Nebenmann, den Abg. Görscher, zum Muster nehmen sollen, der mit noch zwei Zentrumsabgeordneten (Wiedemann und Schwinn) für den 9 Mark-Satz stimmte.

Wenn der Mann schon im Altem eine so traurige Rolle spielt, wie mag er sie erst in der Zentrumsaktion spielen. Welzer ist ein wackerer Kämpfer für diejenigen Arbeiter, die noch der fürchten Hoffnung sind, im Zentrum könnten die Arbeiter auf ihre politische Rechnung kommen. Der Gesetzentwurf wurde schließlich gegen die Stimme des Zentrumsabgeordneten Dieterle angenommen.

Hierauf folgte die Beratung des Budgets des Wasser- und Straßenbaues. Den Bericht erstattete Abg. Ferg als Berichterstatter führt aus, daß die Ausgaben im ordentlichen Etat 10 624 320 Mk. und im außerordentlichen Etat 782 500 Mk. betragen, während die Einnahmen sich auf 2 971 620 Mk. belaufen. In Bezug auf die Verwaltung hält es die Kommission für geboten, daß bei der Revision des Gehaltsstoffs die Bezüge der akademisch gebildeten Praktikanten tunlichst gleichmäßig gestaltet würden. Was die Fortbildung jüngerer Ingenieure betrifft, so sollte die Gewährung von Staatsbeihilfen zu Studientreisen nicht von der vorgängigen Einreichung einer wissenschaftlichen Arbeit abhängig gemacht werden, vielmehr liege es im Interesse des Staates, die Erweiterung ihres Geschäftskreises und Bereicherung ihrer technischen Kenntnisse durch Beschäftigung hervorragender Bauwerke zu ermöglichen. Redner verbreitet sich sodann über die bedauerliche Unterhaltung der Landstraßen, die nur bei verkehrsreichen Straßen von Nutzen sei. Bei dem Titel

(89. Sitzung.)

Karlsruhe, 6. Juni.

Präsident Widenz eröffnet 4 Uhr die Sitzung. Am Regierungsrat Minister Schenkels und Regierungskommissare.

Eingegangen ist eine Petition der Mannheimer Wirte, „Erteilung der Erlaubnis zum Branntweinausgang“, ferner eine Denkschrift des Landesverbandes Baden vom Bunde deutscher Militärämter über die Anstellungsverhältnisse der Militärämter in Baden.

Abg. Benedek (Dem.) berichtet über die Anträge der Abg. Döhrcher und Gen., die Gewährung von Tagesgebühren an die in Karlsruhe ständig wohnenden Abgeordneten betr., und über den Gesetzentwurf, die Diäten der Landtagsabgeordneten betr. Zu Beginn des Landtags brachte Abg. Döhrcher mit 42 Abgeordneten aller Fraktionen den Antrag ein, auch den in Karlsruhe ständig wohnenden Abgeordneten „angemessene Tagesgebühren“ zu entrichten. In der 67. Sitzung der Zweiten Kammer legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der für diese Abgeordneten 6 Mk. pro Tag vorschlug. In der Kommission war ausgeführt worden, daß der bisherige Zustand als eine wesentliche Beschränkung des passiven Wahlrechts zum Nachteil der Stadt Karlsruhe und ihrer Bewohner sich darstelle. Mit Ausnahme von Baden und Hessen zahle man allen Abgeordneten die gleichen Diäten, nur in Sachen komme man eine Differenzierung in der Höhe und gewähre den in Dresden wohnenden Abgeordneten nur 6 Mk. Die Kommission machte den Vorschlag, statt 6 Mk. 9 Mk. zu gewähren, womit die Regierung sich einverstanden erklärt. Ferner habe die Kommission mit Zustimmung der Regierung die freie Fahrt der Abgeordneten während der Tagung sowie für 8 Tage vorher und nachher gesetzlich festgelegt. Wünschenswert sei auch, daß die Regierung wie in Bayern und Württemberg mit den auswärtigen Staatsbahnen für die Benutzung derselben, soweit solche zur Fahrt nach Karlsruhe zu benötigen sind, eine Vereinbarung treffe, nach der die Freifahrt zu gewähren sei.

Abg. Gieseler (Zentr.) erklärt namens seiner Fraktion, daß dieselbe für die Regierungsvorlage mit 6 Mk. Diäten, wie schon in der Kommission, stimmen werde. Seine Partei stehe auf dem Standpunkt der Aufwandsentschädigung und werde deshalb nur für 6 Mk. stimmen.

Abg. Kehmman (Soz.):

Ich habe geglaubt, die Vorlage würde glatt angenommen werden, nachdem in der Kommission das Zentrum erklärt hat, den Gesetzentwurf nicht an der Erhöhung der Diäten für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten scheitern zu lassen. Von Zentrumsseite wurden in der Kommission 8 Mk. vorgeschlagen. Das Bedürfnis, diese Sache endlich zu regeln, war ein allgemeines. Bei der Regierung bestand eine Zeitlang die Absicht, an die Abgeordneten ein Reisequantum zu bezahlen. Vielleicht glaubte sie damit die Session abkürzen zu können. Doch aber die Beamten trotzdem nicht früher zu ihrem Amte zurückkehren würden, dafür würde schon gefordert werden. (Heiterkeit.) Herr Gieseler hat das Prinzip der Aufwandsentschädigung verteidigt. Damit aber geht es heute nicht. Wir haben Abgeordnete, die mit ihrer Wahl ihren Beruf aufgeben und mit den Diäten ihre Familien ernähren müssen. Sie (samt Zentrum) haben unverhältnismäßig viel Beamte in ihren Reihen. Das kommt wohl daher, daß die kleinen Leute unter den obwaltenden Umständen kein Mandat annehmen können. Mir scheint, daß der Standpunkt, das Zentrum in dieser Sache einnimmt, sehr flehentlich ist. Daß ein Beamter durch Annahme eines Abgeordnetenmandates Schaden erleidet, das trifft heute nicht mehr zu. Im Volke ist man im Gegenteil der Meinung, daß der Besitz eines Abgeordnetenmandates für einen Beamten eher von Vorteil, als von Nachteil ist. (Sehr richtig!) Herr Benedek hat einen über diese Sache in der Volksstimme veröffentlichten Artikel kritisiert. Er hat aber den ganzen Artikel vielleicht nicht gelesen. Das Verhalten Zentrums ist in der Diätenfrage war reaktionär, genau so wie die Abstimmung eines Demokraten für die Kornzollerhöhung unseres Ertrags reaktionär ist.

Abg. Döhrcher hätte geglaubt, daß dieser Entwurf besser ohne Debatte zur Annahme gelangt wäre. (Sehr richtig!) Die Regierung habe mit Recht ohne Befinden zugestimmt und etwas Lomisch sei es bei dieser Angelegenheit, auf die Finanzlage abzugeben. Seine Partei werde ohne Ausnahme für die Kommissionstränge stimmen. Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird der Gesetzentwurf gegen die Stimme des Abgeordneten Dieterle (Zentrum) genehmigt.

Das Budget des Wasser- und Straßenbaues.

Abg. Ferg als Berichterstatter führt aus, daß die Ausgaben im ordentlichen Etat 10 624 320 Mk. und im außerordentlichen Etat 782 500 Mk. betragen, während die Einnahmen sich auf 2 971 620 Mk. belaufen. In Bezug auf die Verwaltung hält es die Kommission für geboten, daß bei der Revision des Gehaltsstoffs die Bezüge der akademisch gebildeten Praktikanten tunlichst gleichmäßig gestaltet würden. Was die Fortbildung jüngerer Ingenieure betrifft, so sollte die Gewährung von Staatsbeihilfen zu Studientreisen nicht von der vorgängigen Einreichung einer wissenschaftlichen Arbeit abhängig gemacht werden, vielmehr liege es im Interesse des Staates, die Erweiterung ihres Geschäftskreises und Bereicherung ihrer technischen Kenntnisse durch Beschäftigung hervorragender Bauwerke zu ermöglichen. Redner verbreitet sich sodann über die bedauerliche Unterhaltung der Landstraßen, die nur bei verkehrsreichen Straßen von Nutzen sei. Bei dem Titel

„Wasserbau“ ist die Kommission in Bezug auf die Instandhaltung des Schleierhafens der Meinung, daß die Wasserbauverwaltung, nachdem sie die Instandhaltung des Hafens, wozu auch die Freibaltung der Hafenummündung und des Oberkanals gezählt werden müsse, übernommen habe, die Vaggerungen, wenn das Vorhaben der Kiesbänke vor die Hafenummündung es nötig mache, in ausgedehnterem Maße betreiben lassen sollte und so erwarte sie, daß mit den neuen Vaggeranlagen es möglich sein werde, die Hafenummündung offen zu lassen. Auch spricht die Kommission die Hoffnung aus, daß die Rheinregulierung, nachdem nunmehr der Staatsvertrag seitens der beteiligten Regierungen ratifiziert worden sei, baldigt in Angriff genommen werde. Redner bittet sodann um Zustimmung über den augenblicklichen Stand der Frage der Erstellung eines Oberrheinkanals, ferner der so notwendigen Renz-Korrektion und der in Aussicht gestellten gesetzlichen Beseitigung der Flußbauarbeiten, die auf dem letzten Landtag in Aussicht gestellt worden sei anlässlich der Steuerreform. Der Kommission hätte ferner eine Reihe von Petitionen vorgelegen der verschiedenen Beamten der Wasser- und Straßenbauverwaltung, und zwar der Brückenwärter, Landstraßenwärter und des Vereins der technischen und Verwaltungsbeamten, wobei die Punkte, die sich auf die Gehaltsrevision beziehen, ausgeschieden wurden. Die Kommission beantragt weiter, die Bitte der Landstraßenwärter, soweit sie auf Erhöhung der Jahreslöhne mindestens bis zum 300fachen Betrag der ortsüblichen Tagelöhne und auf weitere Ausdehnung der Verleihung der Beamteneigenschaft abzielen, der Regierung empfehlend zu überweisen. Weiter ersucht die Kommission die Regierung:

1. Für die allgemeine Revision des Gehaltsstoffs die Beseitigung des gemischten Gehaltsystems bei den Straßen-, Damm- und Kulturmeistern ins Auge zu fassen und inwieweit zur Verhütung einer Schmälerung des tarifmäßigen Einkommens, wenn die Zahl der Tage mit auswärtigem Dienst unter dem Ansatz (300) bleibt, eine Schadloshaltung der Betroffenen in irgend einer zulässigen Form eintreten zu lassen. Die Regierung habe dabei anerkannt, daß die Aufrechnung der wandelbaren Bezüge auf den Gehalt vielfach zum Nachteil der Beamten gereicht.
2. Den genannten Beamten die Uebernachtungsgebühr von 2,00 Mk. bei längerer auswärtiger Verwendung mit Uebernachten bis zu vier Wochen ohne Kürzung zu bewilligen und von der 5. Woche ab in abgemessenem Betrag zu abfertigen.
3. Den Anwärtern des Straßen- und Dammmeisterdienstes eine Gebühr für auswärtige Zehrung und Uebernachten dann zu gewähren, wenn sie an einer von ihrem Wohnort entfernten Liegenden Arbeitsstelle über Mittag zu verbleiben oder auswärts zu übernachten amtlich angewiesen werden.
4. Den nach gemischtem System entlohnten Beamten während ihres Urlaubs die Tagesgebühr zu belassen.

Minister Schenkels betont, daß eine Anzahl Punkte, die der Berichterstatter erwähnt, durch Gesetzesvorlagen noch auf diesem Landtag erledigt würden. Der Nachtrag enthalte eine erste Forderung von 1 Million Mark zur Vorbereitung und Ausführung der Rheinregulierung, wobei die Einzelheiten mitgeteilt würden. Weiter seien 20 000 Mk. eingestellt für die Aufbesserung der Straßenwärter. Die Frage eines Oberrheinkanals sei noch nicht prüfbar, die Ausschüsse hätten sich eher etwas verdriest. Hierfür müsse die Frage der Wasserkraftanlagen des Rheins abwärts von Basel eine befriedigende Antwort finden, bevor man der Kanalfrage näher treten könne.

Abg. Geppert (Zentr.) befürwortet eindringlich unter Hinweis auf die Wasserversorgung des 20. Mai die endliche Korrektur der Renz, zu der die Gemeinden gern die Kosten tragen würden.

Abg. Kewirtz (natl.) verbreitet sich des eingehenden über die Feldvereinigung.

Abg. Welzer (Zentr.) beklagt den Schaden der Druckwasser des Karlsruher Rheinbafens für das Darzander Gelände. Redner tritt sodann in längeren Ausführungen für die Straßenwärter ein.

Abg. Kopf (Zentr.) tritt gleichfalls für die Interessen der Straßenwärter ein und bringt sodann Wünsche lokaler Natur aus seinem Wahlkreis vor in Bezug auf die Erstellung einer Rheinbrücke bei Garsheim, Amt Stauheim.

Abg. Döhrcher (natl.) bittet die Regierung um Auskunft über die Prüfungsordnung der Ingenieure in Bezug auf die Frage der Berechtigung des Abgangszeugnisses an den Mittelschulen. Befriedlich sei der Mängeln der Bezirksgeometer und die Einziehung der Stellen. Die Frage des Oberrheinkanals werde später eingehend erörtert werden bei der Frage der Benützung der Rheinwasserkräfte.

Abg. Zehner (Zentr.) spricht seine Verwunderung aus über die Petitionen um Ansfaffung von Uniformen; Lenten, die lediglich Uniformschmerzen hätten, könne es unmöglich schlecht gehen. (Zustimmung.) Redner bemängelt die schlechte Beschaffenheit der Muralaltreife oberhalb Weisenbach, über welche sich auch die Postverwaltung beklagt habe.

Es wird die Sitzung auf morgen 9 Uhr vertagt. Schluß halb 9 Uhr.

he.
nbach
rhe 34,
epost. 1601.8
ider
Greif
Fabrikat.
olle Garantie
ren
ieren, Ver
systeme we
ausgeführt.
obes Lager in
Orteilen.
ky's
ro
ig.
778.26
tte.
darbeit!
eicher
ohen Lohn ein
el 2272
er Hagsfeld.
ist ein möbl.
zimmer
eten. Näheres
2270
sänge der
Stube.
Höflich, alt 4
Wagenwärter
ie Bornhäuser
des Galtmeis
Albert Ros
Chemann, alt
J. Wat. Jofir
r. Alara, alt
Witthelm Str
Margarethe
an des Weidw
r. 81. Mar
ie. Waidw
Lag. Jäger, en
Ella Durck
alt 23 J. em
n Chemann, alt
alt 60 J. W
r. Zemer, W
J. Wimmer, be
mund Weier
änge der Stab
en:
na Karolin, K
zier, Landw
r. Josef Heiler,
Otmar Schenk
Michael Weidw
ungen:
n Eilber, im
Marie Schöbe
eruf, beide von
Wäule, Schind
arne Stammel
von Durack
ger. Paul
anda Dallmann
jeim bei Brand
ernemann Wilm
itterdorf, im
Gert, Waidw
r. Friedrich
ndbeamtet und
Schilt, ohne W
Waldauer (Wald
alle:
de Antonia, W
Machinengeh
Marine Waidw
Röhling, W
Leopold Reich
Barbara Weidw
86 J. 9. W. alt

Badische Politik.

Die jungliberale Sozialdemokratie.

Dieser geschmackvolle Titel gibt der Badische Beobachter der Sozialdemokratie, weil der Volksfreund gestern und vorgestern einem Artikelschreiber das Wort gegeben, der das Thema behandelt: Die Sozialdemokratie. Daß das offizielle Organ des badischen Zentrums der gezogenen Verheerungen unseres Artikelschreibers mit einem fanatischen Wutgeschrei begrüßen würde, war uns klar; für uns aber kein Grund, die Diskussion über die Zulassung der Orden nicht zuzulassen oder einzuschränken. Aber einen Umstand hat das entrüstete Zentrumslblatt übersehen oder völlig übersehen wollen, nämlich den, daß der Artikel den Standpunkt des Verfassers, nicht aber den der Redaktion kundgibt. Wenn wir diese Feststellung nicht sofort vornahmen, so hätte uns wie bei vielen ähnlichen Gelegenheiten nötig haben, unsere Mitarbeiter zu bevormunden. Wir trauen unseren Lesern schon zu, daß sie die eine oder andere Abirrung eines Mitarbeiters selbst forrieren. Die sozialdemokratische Presse folgt eben den Begriffen Freiheit und Gleichheit anders auf, wie die Presseorgane vom Schlage des Badischen Beobachters. Doch das nur nebenbei. Ueber solche Dinge kann man mit der wohlverordneten Zentrumspresse schwerlich mit Erfolg debattieren.

Zur Sache selbst bemerken wir, daß wir unserem Artikelschreiber die Zurückweisung der Beobachter-Argumente überlassen. Beachtung haben für uns nur folgende Schlussbemerkungen des Blattes:

Im übrigen: die Sozialdemokratie mag es in der Klosterfrage halten, wie sie will. Für unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie wäre es uns nicht einmal unangenehm, wenn sie auch in der Klosterfrage sich auf einen ähnlichen Standpunkt wie die Nationalliberalen stellen würde. Daß die Sozialdemokratie hierin bisher sich auf den Standpunkt der Gerechtigkeit und Freiheit stellte, hat manchem freirechtlich gesinnten Mann noch imponiert. Nimmt sie von jetzt an einen anderen Standpunkt ein, dann wird sie derselben Mißachtung verfallen, wie jene Partei, welcher die Sozialdemokratie zuerst den Namen „Drehscheibe“ gegeben hat. Und Vernunft und Gerechtigkeit werden schließlich siegen, auch wenn die Sozialdemokratie sich ihnen in den Weg legt.

Wir fürchten weder den sozialdemokratischen Jungliberalismus noch die jungliberale Sozialdemokratie!

Das ist einseitiges Geschwätz; die Sozialdemokratie war noch nie jungliberal und wird es auch nicht werden. Sie war nie Kulturkampfpartei, und wird diesen Standpunkt auch nicht verlassen. Wir könnten den Beobachter widerlegen, und zwar durch den — Beobachter. Als wir uns im Volksfreund für die Aufhebung des § 16c aussprachen, registrierte diese selbstverständliche sozialdemokratische Auffassung der Beobachter mit dem Satz: Das sei beachtenswert!

Netzt geben wir einem Freunde unseres Blattes das Wort, der in der Ordensfrage eine andere Auffassung vertritt und nun sind wir die Vertreter der jungliberalen Sozialdemokratie. Es ist schwer, seine Satire zu schreiben!

Moderne Seelenhandel und kein Ende.

Die Schieferische Fabrik in St. O. beschäftigt, wie schon seinerzeit im Volksfreund dargelegt, eine Anzahl invertebrierter weiblicher Arbeitskräfte. Sie kommen von überall her und werden unter den Segenswünschen Geistlicher und unter entsprechender Ueberredung durch gut besoldete Agenten in die Schieferischen Fabrikaläden am Bodensee geleitet. Sogenannte Mädchenheime vermitteln den billigen Arbeitskräften Nahrung und Wohnung, und der Fabrikant läßt sich von den bürgerlichen Zeitungen preisen ob des uneigennütigen Wohltätigkeitsfinnes. In Wirklichkeit sehen die Dinge aber anders aus. So schreibt man uns aus Adolfszell: Vor einigen erzählte am 27. v. Mts. ein Mädchen aus Oesterreich, daß es in St. O. vier Wochen gearbeitet habe und am letzten Bahntag 15.50 Mk. hätte ausbezahlt bekommen müssen. Für das Mädchenheim hat man ihr 6.20 Mk. abgezogen, obgleich unsere Erzählerin seit 14 Tagen nicht mehr daselbst gewohnt. In seiner Privatwohnung hatte

das Mädchen 11.50 Mk. zu bezahlen; 8.80 Mk. erhielt sie nur. Wie also die Differenz schaffen?

Seinerzeit hatte man die Desfrierein mit noch 14 anderen Leidensgefährtinnen durch einen Agenten Fräulein nach St. O. gelockt und 14tägige Löhne von 30—50 Mk. versprochen. Das waren falsche Angaben. Die Mädchen würden auch gerne wieder andere Luft atmen, aber sie sind durch Schulden gebunden.

Das Mädchenheim befriedigt sie nicht; über das Essen wird geklagt und die Eintönigkeit der Mahlzeiten verleidet den Mädchen den Aufenthalt. Wollen sie wechseln, müssen sie erst kündigen. Darauf mag auch der Abzug, der eingangs erwähnt wurde, zurückzuführen sein.

Auch sonst nehmen die Klagen über die Schieferischen Fabrikaläden kein Ende. Die Fabrikinspektion sollte sich einmal diese Etablissements recht genau ansehen.

Die Elchesheimer Angelegenheit

Kann der Beobachter immer noch nicht vom Standpunkt der Wahrheit ablassen. Diplomatisch wie er nun einmal in hohem Maße ist, isoliert er die Frau v. Roth und sucht ihren guten Ruf immer wieder zu beschützen im Interesse eines Geistlichen, und zwar, wie er selbst sagt, auf unkontrollierbares Geschwätz hin. Der Beobachter sucht absichtlich oder unabsichtlich glaubhaft zu machen, der ehemalige Pfarrer Adolf Bruder habe sich nur gegen die Frau v. Roth vergangen. Dem ist nicht so! Und zum Beweis dafür wollen wir einmal Abenteuer des Geistlichen erzählen aus der Zeit, da die Frau v. Roth noch nicht die „Ehre“ hatte, den Herrn Adolf Bruder zu kennen. Im Jahre 1903 war der Geistliche in Disziplinaruntersuchung. Es wurde der Kurie berichtet, der Pfarrer sei bei einer Frau im Bett gelegen und sei erst morgens 5 Uhr ins Pfarrhaus zurückgekehrt. Auf der Straße sei ihm ein Elchesheimer Bürger begegnet, der von dem nächtlichen Ausflug schon wachte, und habe ihn also begrüßt: „Guten Morgen, Antikrist! Wie hat sich geföhrt bei der S.“ Seiner Behörde gegenüber verteidigte er sich auf die einfachste Weise mit den Worten: er könne nichts dafür, daß er so sei, er habe sich nicht beliebt gemacht. Von den Auseinandersetzungen mit seiner Behörde in dieser Angelegenheit erzählt er oft mit Behagen, er habe es den Freiburger „Herren“ gesagt. Er zog sich dann durch ein höchst probates Mittel aus der Affäre: Sein Anflager wurde für nicht normal erklärt; die Anschuldigungen aber konnten nicht widerlegt werden.

Aus seiner Freiburger Zeit erzählt der Geistliche oft, er habe eine Familie Geld geliehen; die Zinsen habe die Tochter, die seinen Mann bekommen konnte, — abverdient.

Will der Beobachter in diesen beiden Fällen den Stab auch brechen über diese beiden Frauen? Oder will er weiterhin leichtfertig und feige den Ruf einer Frau antasten, die, wie die anderen, das Unglück hatte, einen Adolf Bruder kennen zu lernen? Er tue, was er wolle! Aber wir werden uns nicht scheuen, weitere Anekdoten von Adolf Bruder zu veröffentlichen, selbst solche, wofür sich zweifellos die Staatsanwaltschaft interessieren würde.

Wann wird der Landtag geschlossen? Die Bad. Anz. will wissen, daß der Landtag am 20. Juli geschlossen wird. Das ist müßige Kombination. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Beratungen vor dem 15. Juli nicht zu Ende geführt werden können. Aber völlig unmöglich ist es, zu sagen, der Landtag werde gerade am 20. Juli geschlossen.

Handwerkervereinschaften. Das Großh. Landesgewerbeamt veröffentlicht in der Raabstr. Zeitung eine Bekanntmachung, wonach in den Tagen vom Montag, den 11. Juni bis Mittwoch, den 13. Juni, jeweils vormittags 9 Uhr beginnend, bei der Abteilung I des Landesgewerbeamts, Vorträge über Wesen und Bedeutung des Handwerker-Vereinswesens stattfinden. Das Ministerium des Innern hat den höchsten Bezug von 21 Stunden umfassen: Vorträge: Landdirektor Peter, Ministerialrat Dr. Stoll, Prof. Dr. v. Nibelund-Südenhorst, Ingenieur Duerius, Bibliothekar Kote.

Deutsche Politik.

Spiegel gegen den Arbeiterturnbund gesucht! Realschuloberlehrer F. Fidenwirth in Reidenbach (Sachsen), der Turnwart des Deutschen Turnerbundes, verendet mit der Bitte um „recht tätige

sonit keine kultur- und bildungsfördernden Erscheinungen des modernen Lebens, wohl aber zerstörende und auflösende Elemente, die mit der mephistophelischen Kraft des Bösen an der raschen Degeneration der bürgerlichen Gesellschaft arbeiten. Wir wollen deshalb die Berliner Klubs als eine indirekte Waffe gegen den Bestand dieser Gesellschaft „von Weisheit und Bildung“ wohl begrüßen. Wir lernen an der Hand des fundigen Führers Spektator die Zusammenlegung und charakteristische Betriebsweise der bekanntesten Spielhöllen in Berlin W., ihren unglaublich raffinierten Luxus, ihren Zusammenbruch, der in der Regel nach einem durchgebrachten Opfer anhängig gemachten Skandalprozess erfolgt, kennen. Groß-Berlin „vornehmste“ Spielervereinigung war wohl der famose „Klub von 1900“.

Der Staatsanwalt, durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen, griff vor Jahresfrist in dies Wespennest. Das „Kartographische Institut“ löste sich auf, um heute in der Wigowstraße mit demselben „Direktor“ an der Spitze unter anderem Namen sein Existenz untergeordnetes Treiben wieder aufzunehmen. Ob auch in dem neuen Prochtelhotel die Wände von Marmor, ob das „Friseur- und Prachzimmer“ mit ostindischem Rosenholz geföhlt sein wird und der Küchenschaff Holz sein darf auf ein monatliches Defizit von 6000 Mk., das wird die Zukunft zeigen. Nicht dem leider nicht erfolgreich genug ausgefallenen „Klub von Berlin“ ist die von Moses Mendelssohn 1794 gegründete „Resourse“ der bedeutendste Spielklub. Er führt den populären Beinamen: Millionärklub, den Portemonnaie-Verhältnissen seiner Mitglieder entsprechend. Zu den Mitgliedern der „Resourse“ zählen die bürgerlichen Epiken der Berliner Kaufmannschaft, Bankdirektoren, Kommerzienräte, Aufsichtsräte und Rechtsanwälte von Ruf. In den Vormittagsstunden pflegten die Herrenbarone zu hoozieren und vom Klubessel aus per Telephon die Börjensgeschäfte zu erledigen.

Seit dem berühmten Hannoverischen „Wesfretschulprozess“, der die Edelsten der Nation und die Herren mit der ganz besonderen Ehre unter der wattierten Helmbreust im Verkehr mit Wesfretschern und „ollen erbliden Maklern“ zeigte, sind Offiziere eine seltene Erscheinung in Berliner Klubs geworden. Sie spielen lieber unter sich; sie werden

„Mitarbeiterhaft“ und „um recht baldige Aushebung von Bahrnehmungen und Drucksachen“ folgendes mittels Druckes vervielfältigte Schriftstück: (Streng vertraulich!)

Selbst Sie mit an der Lösung einer hochwichtigen Frage für die ganze Deutsche Turnerschaft!

Wetter Freund!

Bitte, prüfen Sie ja sehr sorgfältig, bevor Sie in nachstehender Angelegenheit mit irgend jemand sprechen, ob die betreffende Person des großen Vertrauens auch würdig ist, sonst könnte leicht der wichtigen Sache mehr geschadet wie genützt werden.

Wie vielleicht schon manden Turngenossen bekannt, ist seit einiger Zeit das Bestehen der Vereine des Arbeiterturnbundes darauf gerichtet, Grundstücke zu erwerben und die Rechte einer juristischen Person zu erlangen, um dann die sozialdemokratische Wählarbeit desto ungeörter betreiben zu können. Es handelt sich nun darum, den Nachweis durch Vorkommnisse zu führen, daß die Mitglieder oder noch besser der ganze Arbeiterturnverein sich bei irgend welcher Gelegenheit in den Dienst der sozialdemokratischen Agitation gestellt haben. Der Unterzeichnete richtet an Sie deshalb einige Fragen, um deren recht baldige Beantwortung er herzlich bittet. Diefelben werden sich leichter im Sinne des Fragestellers befriedigend beantworten lassen, wie Sie die Güte haben sich durch Vertrauensleute, die natürlich welche im wahren Sinne des Wortes sein müssen, Unterlagen zu verschaffen. Sehr dankenswert würde es sein, wenn dem Unterzeichneten wichtige Schriftstücke und Drucksachen, oder Abschriften davon als Belege mit eingeliefert würden. Eine Gefährdung Ihrer Person oder Interesses haben Sie nicht zu befürchten, da Ihr Name gänzlich verschwiegen bleibt! Die Behörde macht die Sache zu der ihrigen!

Nächsten Sie Ihr Augenmerk besonders auf folgende Punkte:

1. Finden sich im Wiederbuch des Arbeiterturnbundes Stellen, welche die Mitglieder im umfährlichen Sinne aufheben und gegen Gesetz und Vaterland aufreizen?
2. Welche Stellen aus der Arbeiter-Turnzeitung sprechen für sozialdemokratische Agitation?
3. Bei welcher Gelegenheit haben sich Mitglieder, die Leitung des Arbeiterturnvereins oder der geschlossene Arbeiterturnverein in den Dienst der sozialdemokratischen Agitation gestellt. Wie leicht hat Gemeinde-, Land- oder Reichstagswahlen?
4. Wie stellt sich der Arbeiterturnverein zu dem 1904 in Reichenbach stattgefundenen Gansef des Arbeiter-Turnbundes? Wichtig wäre hier, Stimmen aus den Tagesblättern usw. zu hören. Mit allen Mitteln ist nach Erlangung der damaligen Festzeitung und sonstigen Drucksachen und Flugblättern zu sehen und diese freundlichst einzusenden.

Die Redaktion der Arbeiterturnzeitung, der von einem Freunde des Realschuloberlehrers Fidenwirth das streng vertrauliche Aktenschild im Interesse der guten Sache zur Veröffentlichung überlassen ist, hat der Parteipresse die Sache zur Fundmachung übergeben. Es ist jedenfalls sehr zu beglückwünschen, daß das heilige Begehren des Herrn Realschuloberlehrers Fidenwirth und der Behörde, die sich — aus berechtiglichen Gründen — so bereitwillig der guten Sache annimmt, und nun gar aus Arbeiterturnfreien gestellt werden könnte. Die Arbeiterturnvereine zählen zwar größtenteils Sozialdemokraten zu ihren Mitgliedern, sie beschäftigen sich deshalb aber ebenso wenig mit Politik wie die Konsumvereine. Herr Realschuloberlehrer Fidenwirth wird sich also vergeblich um das gewünschte Material für die Behörde bemühen, durch das den Arbeiterturnvereinen der Hals ungedreht werden soll.

Der 21. Januar

scheint noch nicht zur Ruhe zu kommen. Am Donnerstag beschäftigte sich das Halleische Landgericht mit der bekannten Flugblattverteilung, da die Staatsanwaltschaft gegen die Freispredung von rund 120 Angeklagten Verurteilung eingeleitet hat. Man verhandelte zunächst gegen einen Angeklagten.

eben beim Neuen hinter verschlossenen Kabinettüren weniger der Beobachtung ausgelehrt, wie im Klub, zu dem die Polizei gegen das Halleische Landgericht steht aber dem Klubwesen nicht unheimlich gegenüber. Ihre Aufgabe der Personenerfassung wird durch den Klub selbst erleichtert, da gewissermaßen eine Konzentration der Spieler gegeben ist.

Im Grunde ist die Polizei gegen die Klubs als solche machtlos, es sei denn, daß Fallschpielerereignisse vorkommen. Adelige und Börjensklubs, Jodelklubs und Automobillklubs-Verammlungen fallen ja nicht unter das Vereins- und Verammlungs-gesetz! Es tagen hier ja keine Sozialisten, den Kriminalern zum Verger. Es sind ja nur Lebemanns-Glückritter, die zum harmlosen Spielzusammenkommen! Die Polizei geht deshalb lieber in die Kaschemmen und Nachtcafé-Klappen des Nordens und macht hargardierenden Wäckerjellen das Leben sauer. Das ist bequemer und gefahrloser. Die Berliner Kriminalpolizei hat überdies bei den letzten großen Spieleraffären, besonders 1899 bei dem harmlosen-Prozess, sehr schlecht abgeköhnt. Deshalb gilt das Motto den Spielklubs gegenüber: „Augen feste zudrücken, nicht daran röhren.“ Denn es sind doch fast immer hohe und höchste Gesellschaftskreise in solche Skandale verwickelt, deren Angehörige das Erscheinen vor Gericht als eine persönliche Beleidigung empfinden würden. So wird unter den Augen des Gesetzes feste weiter gepokert und nur die allernotwendigste Vorsicht angewendet, um Skandal nach außen zu vermeiden. Solche Mittelglieder sind: einerseits Scheinstatuten, die das Glückspiel unterlagen, ein der Polizei zugängliches Gästebuch, andererseits ein harmloses schriftliches „Ermittlungsverfahren“ seitens des Ministeriums des Innern, falls Verdacht gegen einen Klub aufsteht.

Umfrage bis zu einer Summe von 500 000 Mk. in einer Nacht sind nichts seltenes! Im Falle der Not steht den Opfern des Baccarat-Neufels die Klubkasse einmal bis zu einer bestimmten Höhe zur Verfügung. Abgesehen von dem Klubvermögen ist meist noch eine andere Hilfsquelle da: der zu Zinsen ausleihende „Kassierer“. Aus dem kleinen Klubkassierer Boker-Kellner, der den Angehörigen 5—10 Mark pumpte, hat sich der vornehme großkapitalistische Klubkassierer entwickelt, der den Bedrängten

Der springende Punkt ist, ob durch jene Flugblattverteilung eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet worden ist. Sehr originell ist die Verurteilungsbegründung der Staatsanwaltschaft, die allen „Attenätern“ schriftlich zugegangen ist. Sie zeugt von tiefem „Mitgefühl“ der Anklagebehörde mit den Arbeitern, denn es heißt darin:

Die Angeklagten gehören sämtlich den arbeitenden Klassen an, die Sonntags zu feiern pflegen. Wenn sie nun im Interesse der sozialdemokratischen Partei in der Stadt treppauf und treppab laufen, so üben sie damit eine gewisse, mit Anstrengung verbundene Tätigkeit aus, welche sich als Arbeit darstellt und nicht des Bergnügens wegen geschieht. Die Arbeit sei auch öffentlich bemerkbar, wenn da an einem Sonntag Vormittag etwa 300 Menschen in der Stadt gleichzeitig umherlaufen. Ganz gleich, ob sie die Flugblätter etwas verborgen gehalten haben.“

Seitens der Verteidigung wurde darauf hingewiesen, daß Halle eine Stadt mit über 156 000 Einwohnern sei und Halle sehr viele kleine Straßen habe; da könnten wohl 300 Menschen mit Flugblättern unter den Füßen nicht besonders auffallen. Das Gericht verwarf die Berufung des Amtsanwalts und sprach den ersten Angeklagten frei. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Zur Finanzklemme in den Kleinststaaten.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt wird dem Vorwärts geschrieben: „Einen Umsturz im wahren Sinne des Wortes bedeutet für unsere Finanzen die nunmehr feststehende Valangierung des Reichshaushalts. Während unser als Romangenie gerühmter Landtagsabgeordneter Rommerjantzen W. Richter es im Landtag durchzusetzen wußte, daß in den Etat für 1906/08 nur pro Jahr 38 800 Mk. ungedeckte Matrifikalbeiträge eingestellt wurden, betragen diese nach dem eben fertiggestellten Reichsetat nicht, wie angenommen, 40 Pfennig, sondern 3.20 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Das bedeutet für unser kleines Rändchen eine nicht vorhergesehene Mehrausgabe von 260 000 Mk. oder 10 Prozent des gesamten Etats! Und dabei trug man sich noch mit dem Gedanken, dem im Herbst wieder einzubehaltenden Landtags Vorlagen zugehen zu lassen, betreffend Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten sowie der Geistlichen und Lehrer! Die „Reichsfinanzreform“, die dazu bestimmt war, die kleinstaatlichen Finanzverhältnisse zu beruhigen, sie beginnt ihre Wirksamkeit eigentlich recht wenig vorzuanerwenden und dürfte auch so lange völlig verfallen, als unsere Sandwischenverteidigung in Afrika noch fortgesetzt ungezügelt Millionen verdirbt. Unsere kleinstaatlichen Steuerzahler werden das schon noch ganz besonders zu spüren bekommen!“

Notizstafel. In die afrikanischen Schutzgebiete reisen fünf der festvertrundene Kolonialdirektoren der Provinz zu Hohenhausen; Amd: Information. — Oligogorische Gewerbe- und Handelskassen hat der württembergische Landtag durch Gesetz beschlossen.

Hus der Partei.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat Gen. Baumgartner in Freiburg im Bilde festgehalten und Reichstagen mit den 12 Aposteln der Freiheit hergestellt. Die Annahmen sind gut; die Vereinsvorstände erhalten bei größerem Bezug Absatz. Es ist jetzt fast bereits über 2.00 Posten angeteilt worden. Interessenten wollen sich wenden an E. Baumgartner in Freiburg, Rajnsstr. 34, 4. St.

Auf Franz Wenz aus Jena lautet ein Mitgliedsbuch des 11. Hannoverischen Volkstreffes (Einzel), welches in Straßburg von einem gewissen Kader Forster gestohlen worden ist. Es wird erlucht, das Buch anzufahren, wenn es vorgezeigt wird, und es an Eugen G. d. Volksfreund, Karlsruhe, zu senden.

S.V. Mithras, 6. Juni. Diejenigen Parteigenossen und Volkstreffler, welche desjenigen sind, an dem Auszug nach Rindheim am Sonntag, den 10. Juni, teilzunehmen, mögen sich am Samstag, den 9. Juni, abends halb 9 Uhr, im Nebenraum zur Friedhofstraße einstellen. Auch die Frauen mögen sich an dem Auszug beteiligen. Näheres im Lokal.

Wesfretschereuth, 6. Juni. Parteigenossen! Wir machen auf die am Samstag stattfindende Verammlung aufmerksam. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen, da die Mitglieder in den früheren Verammlungen beteiligt sind. Auch ist es notwendig, daß die Klubs mitgebracht werden, damit einmal die Bibliothek abgehöhlt werden kann.

mit sogenannten „Bewegungsgeldern“ beistellt. „Bedrängte“ aber sind oft Fabrikanten und Kaufleute, die am Ersten des Monats die fälligen Gehälter und Löhne verpielen. Einige magre Anekdoten zum Schluß aus der Welt der Berliner Spielhöllen, die ihres Amtes unter den Augen der Polizei walteten:

Ein bekannter Berliner Rechtsanwalt und Notar, der in den Sturz eines Lebemanns verwickelt, Berlin fliehen mußte, weil er sein und seiner Klienten Geld am grünen Tische verpielt, mag einen Trost in seinem selbstverdräuteten, nicht unterbrochenen Schicksal darin erblicken, daß der Klub, in dessen Rahmen sein Ruin sich vollzog, seiner Gattin ein Jahrespensum von 8000 Mk. auszahlt. . . .

Der Klub glaubte eines Tages, daß ein Mitglied nicht mehr würdig sei, ihm anzugehören. Nach den Statuten war eine Entfernung ohne Einwilligung des betreffenden nicht möglich, aber man fand einen Flugen, wenn auch nicht billigen Ausweg. Dem Herrn wurde der runde Betrag von 10 000 Mk. angeboten, falls er seinen Austritt erkläre, und der Kavallerie stetzte die — Beleidigung ruhig ein. . . . Mit ganz besonderer Sorgfalt und glänzendem Luxus sind in dem Klub die kleinen, intimen Räume ausgestattet, die ein gewöhnlicher, geübter Gesellschaftsspieler höchstens ein- oder zweimal des Tages betritt. Der Bisfel des Raffinements offenbart sich nur dort dem Auge des Beschauers. Ein kleines, weißes Emaillefeld findet in deutlichen Lettern: „Die geehrten Herren Mitglieder werden ersucht, an diesen Ort keine Zeitung mitzunehmen.“ Und dort unter hängt eine geschmackvolle Wapp mit den vier geteilteten Tagesblättern Berlins; für jedes dieser Appartements sind die Zeitungen besonders abgeordnet. . . .

Naturwissenschaftliches.

Eine Windhose, die am 4. Juli v. J. die Umgebung von Eradant bei Paucang (an der Loire unweit Orleans) verwickelte, zeigte sehr merkwürdige Erscheinungen. Die Verstärkungen, die auf beiden Seiten ihrer Bahn stattgefunden haben, deuten eine sehr beträchtliche Verminderung des Luftdruckes. Die Fenster und Türen geschlossener Lokale flogen nach auswärts, die Fensterrahmen wurden in ganzen in die Höhe gehoben, während die Klappfenster keine schweren Beschädigungen erlitten haben. Die vollen Reue eines Beschauers selbes

Kolportagebuchhandlung Karlsruhe.

Wir teilen hierdurch mit, daß Genosse Nitschky als **Kolporteur** von der Partei angestellt ist. Derselbe nimmt Bestellungen auf den „Wahren Jakob“, „Postillon“, „Gleichheit“, „Neue Zeit“ etc. sowie sämtliche Parteiliteratur, sowohl in der Expedition, Luisenstr. 24, als auch in seiner Wohnung, Eisenbahnstraße 14, 5. St., entgegen. Bei unseren Austrägerinnen, und in der Expedition des Volksfreund können Bestellungen auch fernerein gemacht werden. Sie sind anzugeben unter der Adresse: **W o l f s r e u d (Buchhandel)**. Wir bitten die Parteigenossen, in der Verbreitung der Parteiliteratur uns gefl. unterstützen zu wollen.

Soz. Verein Karlsruhe.

Karlsruhe.

Die Gesamtvorstände der einzelnen Gewerkschaften, des Sozialdemokratischen Vereins, der Arbeiter-Gewerkschaften, Arbeiter-Madonnenvereine und der freien Turnerschaft werden auf **Freitag Abend halb 9 Uhr** zu einer im „Goldenen Adler“, Karlsriedstraße, stattfindenden Besprechung wichtiger Angelegenheiten eingeladen.

Recht zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Das Komitee.

Gesangverein „Altstadt“.

Sonntag den 10. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet im **Hardtwald** beim Bahnhofs Seiler unser diesjähriges

Waldfest

verbunden mit **Bokal- und Instrumentalkonzert, Preis-schießen, Plattenwerfen, Kinderbelustigungen** usw. unter Mitwirkung der beiden Brudervereine „Lassalla“ und „Bruderbund“ statt, wozu wir Freunde und Gönner obigen Vereins freundlichst einladen. Abmarsch mit Musik um 1/2 3 Uhr vom Lindeheimer Tor.

2289.2

Der Vorstand.

Apollo-Theater Karlsruhe.

Heute **Donnerstag den 7. Juni** ringen folgende Paare:

Max Schwarz gegen **Fritz Konietzko**
Meisterringer von Preußen Meisterringer von Polen.
Charles Axa gegen **Anton Gerrigkoff**
Champion von Australien. Champion von Rußland.
Giovanni Raicevich gegen **Osk. Schneider**
Champion von Europa. Sächsen.

Preisfesten

in der **Westendhalle Mühlburg.**

13 Preise! 15 Regeln! 1 Mt.
Gefegelt kann nur Montag, Mittwoch, Samstag u. Sonntag werden.

August Schindel jr.

Hauptstrasse 69 **Durlach** Hauptstrasse 69.

empfiehlt für Sommer:

Luster-Jacken * Luster-Anzüge * Knaben-Waschanzüge * Blusen und Hosen * Zwirn- und Loden-Joppen * Sportshemden etc.

Enorme Auswahl * Streng feste Preise * Realste Preise.

Mess-Anzeige.

Einen geehrten Publikum von Karlsruhe und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich mit meiner bestrenommierten

Konditorei-Bude

zur Frühjahrsmesse wieder eingetroffen bin und halte mich bei allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln bestens empfohlen und bitte um geneigten Zuspruch.

Eduard Schmidt
aus Frankfurt a. M.

NB. Das Geschäft befindet sich am Ende der 2. Sudenreihe nächst dem Schaubudenplatz.

Ferienkolonien für arme kränkliche Sphinkinder der Stadt Karlsruhe.

Aufruf.

Die uns im vergangenen Jahre so reichlich zugeflossenen Beiträge lassen uns hoffen, auch in diesem Jahre offene Herzen und Hände für unser Unternehmen zu finden, damit wir insland gefest werden, in den Sommerferien wiederum eine größere Anzahl armer, kränklicher Sphinkinder zur Stärkung ihrer Gesundheit auf das Land senden zu können.

Indem wir ebenso herzlich als dringend um Beiträge an Geld und Kleidungsstücken (für Kinder im Alter von 11-14 Jahren) bitten, erklären wir uns gerne zur Entgegennahme von Zusendungen bereit.

Schließlich erlauben wir uns noch, auf den letzten zum Versand kommenden Jahresbericht mit dem Vermerken hinzuweisen, daß derselbe auf unserer Geschäftsstelle - Kreuzstraße 15, Rektorat - unentgeltlich abgegeben wird.

Karlsruhe, den 14. Mai 1906.

Das Komitee.

Ehrenmitglieder: Specht, Hofrat, Kirchstr. 62; Dr. Appel, Stadtrabbiner, Kaiserstr. 34a; Dr. Bähr, Medizinalrat, Kaiserstr. 223; Dr. Brian, Medizinalrat, Amalstr. 79; Dr. Doll, prakt. Arzt, II. Vorsteher, Mittelstr. 26; Fährschlag, Geh. Oberregierungsrat, Landeskommissar, Kaiserstr. 178; Friß, Oberlehrer, Sommerstr. 10; Geier, Oberlehrer, Schriftführer, Bahnhofstr. 44; Dr. Gertig, Stadtschulrat, I. Vorsteher, Kreuzstr. 15; Hübner, Oberlehrer, Furlacher Allee 10; Hädel, Stadtrat, Stefanienstr. 87; Dr. Heilmann, Stadtrath, Kriegsstraße 11; Frau Kommerzienrat Höpfer, Rindheimerstr. 15; Huber, Privatier, Kaiserstr. 186; Kündiger, Geistl. Rat, Erbspringenstr. 14; Krehmann, Major a. D., Rismordstr. 23; Frau Oberbürgermeister Lauter, Weidenstr. 59; Dr. Müller, Medizinalrat, Weidenstr. 2; Peter, Stadtdirektor, Schagmeister, Kreuzstr. 1; Papp, Stadtpfarrer, Friedrichsplatz 15; Dr. Reß, Stadtrath, Kriegsstraße 29; Schneider, Geh. Kommerzienrat, Erbspringenstr. 31; Schneyler, Oberbürgermeister, Karl-Friedrichstr. 10; Frau Fabrikant Stapfer, Rühlstr. 7; Dr. Stroede, Hofapotheker, Kaiserstr. 201; Dr. Troß, prakt. Arzt, Novads-Anlage 13; Williard, Wauat, Sofienstr. 35; Ziegler, Medizinalrat, Weidenstr. 74.

Außerdem haben die Güte, Beiträge entgegenzunehmen: die Herren Wittichen in die Herren Direktoren der Mittelschulen, Herr Direktor Ordenstein und die Herren Oberlehrer der hiesigen Volksschulen.

Besonderes Angebot in Kinder-Metallbetten

zu **Ausnahmepreisen**

von Modellstücken, die nicht mehr fabriziert werden können.

Praktische Bettstellen in verschiedenen Größen M 7.20, 8.50, 9.50	Solide Bettstelle in Doppelspiralunterlage und verstellbarem Kopfteil M 13.75.	Elegante Bettstelle mit Spiralmatratze und abschlag. Seitenteil M 15.75.
Aparte Bettstelle mit abschlagbarem Seitenteil und Messingknöpfen M 16.50	Bettstelle, ges. geschützt mit festbarem Kopfteil und abschlagbaren Seitenteilen M 18.50	Vornehme Bettstelle mit abschlagbarem Seitenteilen, Messingknöpfen und Messingknöpfen M 21.-



Gebr. Faber Nachf., Karlsruhe, Kaiserstr. 82.

Städt. Badanstalt

(Vierordtbad).

Sommer- und Winter geöffnet.

- a. Vom 1. Mai bis 31. August:
morgens von 7-1 Uhr und nachmittags von 1/2 8-1/2 9 Uhr,
- b. In den Monaten April und September:
morgens von 1/2 8-1 Uhr und nachmittags von 1/2 8-8 Uhr.
- c. vom 1. Oktober bis 31. März:
morgens von 8-1 Uhr und nachmittags von 1/2 8-8 Uhr.

Kassenschluss jeweils 1/2 Stunde vor den angegebenen Schlussbadezeiten.
Grosses Schwimmbassin, elegante Wannenbäder I. und II. Kl., Heissluft-, Dampf- u. elektr. Lichtbäder mit Massage, Kurbäder aller Art, Kohlensäurebäder, elektr. Wasserbäder, Dampf- und Heissluftkastenbäder, Behandlung am pneumat. und Heissluftstrom-Apparat

Preise der Bäder.

a. Schwimmbäder (ausschliesslich Wäsche):	Einzel		
	10 Bäder	100 Bäder	100 Bäder
Für Erwachsene mit Auskleidezelle	40	3.-	25.-
Kinder ohne	20	1.50	—
Jahres-Abonnement für Erwachsene	25.-	—	—
Kinder	12.50	—	—
Schwimmunterricht für Erwachsene 10 Mk.	—	—	—
Kinder 6 Mk.	—	—	—
b. Heissluft- und Dampf- u. elektr. Lichtbäder (mit Wäsche):	5 Bäder		
Heissluft- und Dampfbad I. Kl.	2.-	9.-	150.-
II. Kl.	1.50	6.50	100.-
Elektr. Lichtbad, einfach	2.50	11.-	—
mit Bestrahlung	3.-	13.-	—
c. Wannenbäder (mit Wäsche):	10 Bäder		
Wannenbad I. Kl.	—85	7.-	60.-
II. Kl.	—60	5.-	45.-
Kohlensäurebad	2.-	15.-	—
d. Kurbäder (mit Wäsche):	—		
Ein Halb- u. Sitzbad, Fussbad, Douche oder Abreibung etc.	—50	—	—
Tageskarte zu allen verordneten Wasserprozeduren, einfachen Massierungen und für den Heissluftstrom-Apparat gültig	1.-	—	—
Allgemeine Körpermassage	2.-	—	—
Elektr. Wasserbad	2.50	20.-	—
Sitzung am pneumat. Apparat	1.-	8.-	—

Anmerkung.

Die Anstalt bleibt am Neujahrstag, Charfreitag, Ostersonntag, Himmelfahrtstag, Pfingstsonntag, Fronleichnamstag und Christtag während des ganzen Tages, an den Sonntagen, Ostermontag, Pfingstmontag, Stefanstag und Fastnacht-Dienstag während des Nachmittags von 1 Uhr an geschlossen.

Zur Benützung der Bäder durch Frauen sind vorgesehen:

- a. Für das Schwimmbad jeden Wochentag V.M. 9-11 Uhr und am Montag Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag N.M. von 1/2 3-1/2 5 Uhr, sowie am Freitag Abend von 6-1/2 9 Uhr, bezw. von 8-8 Uhr.
- b. Für Heissluft- und Dampf- u. elektr. Lichtbäder Montag und Mittwoch V.M. und Freitag N.M.
- c. Wannenbäder werden zu der allgemeinen Badezeit an Frauen und Männer abgegeben.
- d. Für die Kurbäder jeden Wochentag V.M. 9-11 Uhr und N.M. von 1/2 8-1/2 5 Uhr

Das Rauchen im Badegebäude und das Mitbringen von Hunden dahin ist untersagt.

Für die heisse Jahreszeit

Limonade

Flasche Inhalt 12.5

Sodawasser

Flasche Inhalt 8.5

NB. Die Flaschen werden mit 10 Pfg. hinterlegt und unter Rückgabe der dazu erhaltenen Kontroll-Marken ebenso zurückgenommen!

Himbeersaft
Citronensaft: Citril

Mineralwasser:
Oberselters, Gerolsteiner Sprudel etc. etc.

Alkoholfreie Erfrischungsgetränke

empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen.

Westenschneider

erfahrener Arbeiter findet dauernde Beschäftigung.

H. Appmann.

Jährigerstr. 34, 3. St., können

anständige Arbeiter guten Mittags- und Abendtisch erhalten.

H. Appmann.

Tücht. Schlosser u. Schmiede, Stellmacher (Wagner), Schreiner

zum baldigsten Eintritt gesucht. Bei der Bewerbung ist das Alter anzugeben. 2271.5
Waggonfabrik, Akt.-G., Kallst.

Bekanntmachung.

Aus der Sitzung der Frieda Dienger, Ehefrau des Dr. Josef Dienger, sind am 17. Juli d. J. 38, 600 Mt. verfügbar. 2274
Diese Mittel sollen zur Unterstützung von Kindern (männlich oder weiblich) hiesiger christlicher Wittwen verwendet werden, welche einen Verzug ergriffen wollen, zu welchem die Kenntnis der alten Sprachen nicht erforderlich ist. Als Unterstützung sollen jährlich 100-200 Mt. ausnahmsweise 300 Mt. gegeben werden und zwar geteilt auf 2 Jahre.

Verwendungen um diese Unterstützung sind längstens bis Samstag den 23. Juni d. J. unter genauer Angabe der persönlichen und Vermögensverhältnisse der Bewerber bei uns einzureichen.

Karlsruhe, den 1. Juni 1906.
Das Bürgermeisterrat:
Siegrist.

Mieträume-Gesuch.

Für Unterrichts-zwecke werden in unmittelbarer Nähe der höheren Mädchenschule oder der Gartenstrasse-Schule entsprechende Räume, gegebenenfalls ein ganzes Stockwerk sofort oder längstens bis 1. August d. J. zu mieten gesucht. 2280.2
Anträge mit Angabe des jährlichen Mietpreises sind an das Sekretariat des städt. Hochbauamts, Rathaus, Zimmer Nr. 108, zu richten. Karlsruhe den 5. Juni 1906.
Städtisches Hochbauamt.

Beiföchin

Rüchennädchen gesucht auf 1. Juli. Lohn 75 Mt. und 60 Mt. 2282.2
Städt. Krankenhaus Adlerstrasse 20.

Selowsky's „Bolero“

feinste
2 Pfg.
778.25
Gesetzlich geschützt!
Nur Handarbeit!

Zigarette
10 Stück zu 25 Pfg.
überzeugt haben.

Sachen

Sie nicht und urteilen

Sie erst dann, wenn Sie sich von der Güte u. Qualität meiner 2204.4

Cigarre

10 Stück zu 25 Pfg.

überzeugt haben.

Sally Schiff

Cigarren-Spezial-Geschäft

Ecke Kriegsstrasse und Mendelssohnplatz.

Reparaturen

Fahrrädern u. Nähmaschinen

werden prompt u. billigst ausgeführt bei

Martung & Räger,
Marienstrasse 58.

Stadtbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Gebühren:

28. Mai: Ida Luitz, Vat. Jakob Sals, Bierbrauer, 20.; Wilhelm Reimund, B. Gustaf Götz, Schmelzmacher, 30.; Hans, B. Franz Josef Bruch, Hauptlehrer, Elisabeth Anna Karolha, B. Fritz Delmann, Telegraphenmechaniker, Frieda Karolina, B. Hermann Schwarze, Kupfer- schmid, 31.; Theodor Emanuel, B. Emanuel Baur, Maschinenleher, Wilhelm, B. Wilhelm Schner, Kaufmann, Ida Auguste, B. Wilhelm Wagner, Webeschreiner, Henriette, B. Carl Erhardt, Tagelöhner, Theresia, B. Hermann Kraus, Tagelöhner, 31.; August, Vat. Franz Wörner, Weber, 1. Juni: Martha Lina, B. Gustaf Becker, Kaufmann, Veronika, B. Walter Goss, Professor Lina, B. Johannes Rippe, Wagnerleher, Karl Friedrich, B. Franz Josef Schneider, Markthalbener, 2.; Hildegard Luise Frieda Wilhelmine, Vat. Hermann Leumer, Pelzwarenfabrikant, Martha Katharina, B. Friedrich Hoyer, Rang- leihhilfe, Vertha, Vat. Emil Weh- steinbruder, 3.; Ida Christina, B. Johannes Schmidt, Kfzschaffner, Alois, Vat. August Wron, Tagelöhner, 4.; Amalie Lucia, Vat. August Göt- berger, Alfred Emil, Vat. Emil Mayr, Stifter.